

Atomwirtschaft

Uran-Abbau schürt Konflikt in Nordwestafrika

Tuareg-Revolte in Niger droht zu eskalieren

Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) in Göttingen hat Ende Juni 2007 vor einer Ausweitung der Tuareg-Revolte in dem nordwestafrikanischen Staat Niger gewarnt. Zwölf Jahre nach der Beilegung der letzten Tuareg-Rebellion eskaliere die Gewalt im Norden des Niger erneut. Die Zahl der bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen der Armee und der Tuareg-Freiheitsorganisation „Bewegung der Nigerier für Gerechtigkeit“ (MNJ) nehme stetig zu, seit die MNJ im Februar 2007 mit ersten Angriffen auf sich aufmerksam gemacht habe. Erst am 22. Juni 2007 seien bei einem Überfall der MNJ mindestens 15 Soldaten getötet und 72 Armeeangehörige in Gefangenschaft geraten. Zuvor seien drei Tuareg-Zivilisten verhaftet und getötet worden.

An die Europäische Union appellierte die GfbV dringend, die Regierung Nigers aufzufordern, den Dialog mit der MNJ aufzunehmen. Nur so könne eine Ausweitung der Tuareg-Revolte und eine Zunahme der Menschenrechtsverletzungen verhindert werden. Bisher habe die Regierung Nigers aus den Fehlern der Vergangenheit nichts gelernt, heißt es in einem Schreiben der GfbV an Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier vom 27. Juni 2007. So seien wie vor Beginn der Tuareg-Krise in den Jahren von 1991 bis 1995 erneut Hilfszusagen und Vertragsverpflichtungen nicht eingehalten worden, so daß die marginalisierte Bevölkerungsgruppe der rund 100.000 Tuareg in Niger sich nun aus Protest erheben würde. Statt den Dialog mit der MNJ zu

suchen, setze die Regierung nur auf einen militärischen Sieg und bezeichne die Aufständischen als Banditen.

Geschürt werde der Konflikt durch massive wirtschaftliche, ökologische, gesundheitliche und soziale Folgen des Uran-Bergbaus im Norden des Landes. Niger ist der sechstgrößte Uranproduzent der Welt. Im April 2007 hatte die MNJ mit einem Überfall auf das größte Uranbergwerk des Landes, die von nigerischen Tochter-Unternehmen des französischen AREVA-Konzerns betrieben wird, für Aufsehen gesorgt. Dabei war eine Person getötet worden. Umweltschutzorganisationen werfen den Unternehmen vor, Umweltstandards zu ignorieren und Arbeiter radioaktiver Strahlung auszusetzen, die die zugelassenen Werte der Weltgesundheitsorganisation 40-fach überschreite. Die lokale Bevölkerung sei unzureichend über die medizinischen Risiken informiert.

Tuareg fordern nicht nur Aufklärung über die ökologischen und gesundheitlichen Gefahren des Bergbaus, sondern verlangen auch, daß die lokale Bevölkerung mehr von der Uranförderung profitiert. So müßten mehr Arbeitskräfte aus der Region eingestellt werden und die Gewinne aus dem Uranabbau stärker der unterentwickelten Region zugute kommen, wird gefordert. Seit Jahrzehnten beklagen die Tuareg die Vernachlässigung des Nordens.

Ermutigt würden die Tuareg in Niger auch durch die Erfolge ihrer Landsleute im Nachbarland Mali, so die GfbV. Dort hatten Tuareg im Jahr 2004 erneut zu den Waf-

fen gegriffen, nachdem die Regierung ihre Versprechen nicht eingehalten hatte. Im Februar 2007 konnten sie

durchsetzen, daß sie in den kommenden zehn Jahren Hilfen im Wert von 762 Millionen Euro bekommen. ●

Energiewirtschaft

Wer nicht hören will muß fühlen: Aktionsbündnis ruft zu massenhaftem Vattenfall-Ausstieg auf

Nach dem erneuten Antrag auf Laufzeitverlängerung für das Atomkraftwerk Brunsbüttel fordert die Initiative „Atom-ausstieg-selber-machen“ Vattenfall-Kunden auf, die in den vergangenen Wochen eingesezte Fluchtbewegung weg vom schwedischen Atom- und Braunkohlekonzern hin zu Ökostromunternehmen zu verstärken.

Eine Woche vor dem 1. Juli 2007, dem Stichtag für kräftige Strompreiserhöhungen, provozierte der Vattenfall-Konzern seine Kunden schon wieder: Mit einem weiteren Antrag auf Laufzeit-Verlängerung des über 30 Jahre alten Atomkraftwerks Brunsbüttel will der Konzern das im Atomkonsens vereinbarte Aus für einen der unsichersten Reaktoren in Deutschland doch noch verhindern. Der am 4. Juni-Wochenende bekannt gewordene Antrag zur Übertragung von 15 Milliarden Kilowattstunden vom AKW Krümmel auf das AKW Brunsbüttel, würde erneut den Sinn der Übertragungsregel im Atomausstiegsgesetz ad absurdum führen. Diese sieht die Möglichkeit vor, Stromkontingente von alten und unsicheren Kraftwerken auf neuere, möglicherweise weniger risikoreiche zu übertragen, um so die Gefahr eines schweren Unfalls insgesamt zu verringern. Vattenfall Europe verlangt jetzt genau das Gegenteil: Ein Reaktor (Inbetriebnahme 1977), bei dem

nach einer Sicherheitsüberprüfung vor genau sechs Jahren nach dem Eingeständnis der schleswig-holsteinischen Atomaufsicht „hunderte offener Punkte“ festgestellt und bis heute nicht behoben wurden, soll länger laufen als im Atomgesetz vorgesehen. Ein anderer, jüngerer Reaktor (Krümmel, Inbetriebnahme 1983) soll dagegen früher vom Netz. Inzwischen sind, am 28. Juni 2007, eine Woche nach Bekanntwerden des Antrags auf Strommengenübertragung, zuerst im AKW Brunsbüttel und danach auch im AKW Krümmel Brände ausgebrochenen, die die Abschaltung beider AKWs zur Folge hatten.

Das Aktionsbündnis „Atom-ausstieg-selber-machen“ erinnert daran, daß Vattenfall vor nicht einmal einem Jahr im schwedischen Forsmark verantwortlich war für den schwersten Unfall in einem europäischen Atomkraftwerk seit Tschernobyl.

Unter der Parole „Wer nicht hören will, muss fühlen“ fordert das Bündnis aus Umweltschutzorganisationen, Verbraucherschutzverbänden und Anti-Atomkraft-Initiativen Vattenfall-Kunden auf, jetzt die in den vergangenen Wochen begonnene Fluchtbewegung weg vom schwedischen Atom- und Braunkohlekonzern hin zu Ökostromunternehmen zu verstärken. „Hierzulande ist niemand gezwungen, Atomstrom zu kaufen“, heißt es in der